



IBA / igs Beteiligungsgremium

Ergebnisprotokoll

42. Sitzung des IBA / igs Beteiligungsgremiums

Bürgerhaus Wilhelmsburg
22.06.2010

Frau Kiehn begrüßt die Mitglieder des Gremiums und die Gäste.

1 Protokoll der vergangenen Sitzung

Über das Protokoll der vergangenen Sitzung wird abgestimmt:

Ja-Stimmen: 14, Nein-Stimmen: 2, Enthaltungen: 0

2 Stellungnahme Nr. 45

Über die Stellungnahme Nr. 45, Einbeziehung Jugendlicher, wird abgestimmt:

Ja-Stimmen: 16, Nein-Stimmen: 0, Enthaltungen: 0

3 Ausgleichsmaßnahmen für bauliche Eingriffe auf den Elbinseln, Herr Giesenberg (Naturschutzamt)

Herr Giesenberg erläutert, dass es auf den Elbinseln mehrere Bauvorhaben gibt, die ein Ausgleichserfordernis mit sich bringen. Dazu gehören mehrere Bebauungsplanverfahren, wasserrechtliche Verfahren und sonstige Verfahren, wie z.B. die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Für diese Baumaßnahmen wird ein Gebiet im Wilhelmsburger Osten naturschutzfachlich aufgewertet. Die Teilgebiete dieser Fläche lassen sich einzelnen Baumaßnahmen zuordnen. Dieses Gebiet liegt östlich und westlich an der A 1. In diesem Gebiet soll der Wasserstand in den Gräben und Wettern angehoben werden, um das Gelände für Wiesenvögel, insbesondere den Kiebitz, interessanter zu machen. Dafür soll der Wasserstand von minus 0,15 m auf 0,0 m über Normal Null angehoben werden. Erreicht wird dieser erhöhte Wasserstand durch den Einsatz neuer Stauwehre. BSU /Naturschutz und Wasserverband arbeiten zusammen, die Baumaßnahmen sollen noch in 2010 beginnen. Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen erfolgt durch das Sondervermögen Naturschutz und Landespflege der BSU. Mit geeigneten Pächtern sollen Verträge über extensive Grünlandnutzung abgeschlossen werden.

In der anschließenden Diskussion erläutert Herr Giesenberg, dass die angestrebten Wasserstände mit den Naturschutzorganisationen abgestimmt seien. Da die extensive Bewirtschaftung der Ausgleichsfläche Ertragseinbußen mit sich bringen, wird der Ertragsverlust ausgeglichen. Grundsätzlich wäre es sinnvoll, Baumaßnahmen durch Entsiegelung auszugleichen, dies ist aber in einer hoch verdichteten Stadt schwierig, daher werden in der Regel Grünflächen aufgewertet.

Ab dem 01.01.2011 greifen Veränderungen des Naturschutzrechts, dann müssen z.B. Landwirte mit ihren intensiv genutzten Flächen einen größeren Abstand zu Gewässern halten, um den Eintrag von Pflanzenschutzmitteln zu minimieren.

Die Gremiumsmitglieder äußern ein weiter gehendes Interesse, über die Regulierung der Wasserstände auf den Elbinseln (Ansprechpartner Wasserverband) informiert zu werden.

Herr Giesenberg erläutert anhand einer Übersicht, dass die Unterbrechung des geplanten Lärmschutzes an der A1 kein Problem für Anwohner darstellt, da in diesem Bereich keine Wohnbebauung mehr geplant sei. Bei den Bauarbeiten für das Flachwassergebiet Kreetsand wird Bodenaushub anfallen, der teilweise für den Lärmschutzwall an der A1 eingesetzt wird. Die Gremiumsmitglieder sprechen sich dagegen aus, dass dort schadstoffbelastetes Material zum Einsatz kommt, welches eher als Sondermüll deponiert werden sollte.

4 Vorschläge für Ausgleichsmaßnahmen aus Sicht des Naturschutzverbandes GÖP e.V. (Gesellschaft für ökologische Planung), Herr Schmille

Herr Schmille erläutert, dass das Naturschutzgesetz vorschreibt, dass Eingriffe in Natur und Umwelt grundsätzlich ausgeglichen werden müssen. Dabei gilt der Grundsatz, je näher der Ausgleich am Einsatzort und je mehr einheimische Pflanzen zum Einsatz kommen, um so besser. Im einzelnen geht Herr Schmille auf die folgenden Themen ein:

- Aufforstung: Hartholzauenwald schaffen wäre sinnvoll, auf erhöhten Flächen der Feuchtgebiete Bäume pflanzen
- Vielfalt schaffen, z.B. mehrere Wäldchen besser als ein Wald
- Grabenunterhaltung kleinteilig sehen, Bäume nicht alle aus den Gräben nehmen
- Die Anwendung einer Berechnungsgrundlage ist grundsätzlich sinnvoll
- vielfältige Möglichkeiten für Ausgleichsmaßnahmen in Kulturlandschaften nutzen
- Ausgleichspotenzial an den Deichen nutzen, z.B. feinere Strukturen schaffen in dem die Steinkanten runtergesetzt werden
- Ausweisung des geplanten Landschaftsschutzgebietes Wilhelmsburg;
- Das NSG Rhee für begrenzte Tide öffnen und am Südufer abflachen.
- Biotopvernetzung betreiben, um den Artenaustausch zu fördern, Landschaftsbild verbessern

Die Mitglieder des Gremiums machen deutlich, dass Maßnahmen, die die Wehrhaftigkeit der Deich schmälern, aufgrund der Erfahrungen der Menschen auf den Elbinseln mit der Flutkatastrophe, nicht umsetzbar erscheinen.

Während östlich der A1 die Aufforstung im Vordergrund stünde, erscheint im Westen der Vogelschutz wichtiger. Die Erfahrungen zeigen, dass es sich für den Naturschutz positiv auswirkt, wenn darauf geachtet werden würde, möglichst immer Vorratsflächen vorzuhalten, um auch kurzfristig Pachtverträge mit Bewirtschaftern von Ausgleichsflächen abschließen zu können. Dies soll zukünftig eher der Fall sein, so Herr Giesenberg.

Herr Schmille erläutert, dass das Zurückdeichen grundsätzlich dazu beitragen würde, dass die Flut - insbesondere Sturmfluten - nicht so hoch aufläuft.

5 Ergebnisse der Waterhouse - Ausschreibung und das Programm im Rahmen der Ausstellung „Wilhelmsburg Mitte – Etappen zu einem belebten Stadtteil“, Herr Lakenbrink

Herr Lakenbrink führt aus, dass die Waterhouses sich in das Entwicklungskonzept der Wilhelmsburger Mitte im Rahmen der „Bauausstellung in der Bauausstellung“ positiv einfügen. Die Aufgabenstellung bestand darin, nachhaltiges Bauen mit, auf oder am Wasser zu entwerfen und ein entsprechendes Kaufgebot für das Grundstück abzugeben.

In dem zweistufigen Verfahren kamen von den elf Bewerbern der 1. Stufe vier in die Endauswahl. Mit zwei Bietern wurden dann gem. Empfehlung der Jury, die am 27. Januar 2010 tagte, die Gebote verhandelt. Intensiv geprüft, aber für nicht umsetzbar erachtet wurde der Entwurf von Martin Hecht mit imetas property service GmbH. Realisiert werden soll der Entwurf der Architekten Schenk und Waiblinger (Hamburg) mit Hochtief Construcktion AG.

Der Entwurf von Schenk und Waiblinger sieht insgesamt 34 Wohnungen in vier 3-geschossigen Gebäuden und einem 9-geschossigen Hochhaus vor. Die Gebäude sollen über einen hohen technischen Standard insbesondere im Hinblick auf die Regeltechnik

verfügen. Angestrebt wird für alle Gebäude der Passivhausstandard. An dem Projekt wirkten u.a. das Fraunhoferinstitut sowie die TU Darmstadt mit.

Im Dach- und im Erdgeschoss soll es Gemeinschaftsräume für die Bewohner geben. Es wurde vereinbart, dass der Bau bis März 2013 abgeschlossen sein muss.

Redebeiträge bringen zum Ausdruck, dass die Reethäuser von Martin Hecht mehr Charme besitzen und dass es schade sei, dass diese nicht umgesetzt würden.

Welche der Wohnungen verkauft oder aber zu mieten sein werden, stehe noch nicht fest, so Herr Lakenbrink auf Nachfrage. Die Wasserfläche, in dem die Gebäude stehen, ist gleichzeitig das Retentionsbecken für das anfallende Niederschlagwasser im Quartier. Auf Nachfrage erläutert Herr Lakenbrink, dass dieses Vorhaben auch dazu diene, das Bauen im Wasser vor dem Hintergrund des Klimawandels zu erproben. In den Niederlanden hat das Thema Bauen auf und am Wasser eine lange Tradition. Die Bauten werden Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie wie Solaranlagen und Photovoltaik integrieren. Der Freiraum, der aufgrund der Wasserlage fehlt, kann nur zum Teil mit Pontons und Balkonen ausgeglichen werden, aber der neue Park liegt direkt vor der Haustür.

6 Aßmannkanal und Barkassenanbindung, Frau Fromm

Frau Fromm geht darauf ein, dass notwendige Rodungsarbeiten, die Entschlammung der Rathauswettern und die Kampfmittelräumung für den Ausbau des Aßmannkanals bereits vorgenommen worden sind. Parallel dazu sind auch schon Maßnahmen für den Ausgleich bzw. Ersatzmaßnahmen für den Eingriff umgesetzt.

Nach Rücksprache mit dem Hafenschiffsverkehrsverband Hamburg e.V.- einem Verband der Hafenumschlagsunternehmen, in dem auch die Hamburger Barkassenbetreiber zusammengeschlossen sind – wird der Kanal für die zukünftigen Barkassen wie folgt ausgelegt: Der Kanal soll durchgängig eine Sohlbreite von 14m erhalten, die Fahrtiefe soll mindestens 1,70m betragen und die Brücken werden auf eine Durchfahrtshöhe von 3,40m ausgelegt. Der Wendekreis wird mindestens 40m betragen. Ausgleichsmaßnahmen für den Baumverlust sind durch Aufforstungen am Stillhorner Weg bzw. auch vor Ort vorgesehen.

Parallel zu den Rodungsarbeiten wurden CEF-Maßnahmen (artenschutzrechtliche Kompensation) durchgeführt. Dazu gehören: Fledermauskästen, Kleiberhöhlen, Nisthöhlen für Baumläufer an Bäumen sowie Schwimmnester, die in den Aßmannkanal ausgebracht wurden. Die Bauarbeiten erfordern eine Sperrung der Rotenhäuser Straße für Fahrzeuge. Die Brücke wird so bemessen, dass auch Busse darüber fahren können. Der Durchgangsverkehr für LKW wird auch zukünftig durch eine Engstelle/Poller an der Durchfahrt Wilhelmsburger Reichstraße verhindert. Die technische Umsetzung einer Durchfahrtmöglichkeit für Busse könnte durch versenkbare Poller erfolgen. Die Skulptur „Tanzende Schmetterlinge“ soll wieder aufgestellt werden. Um die Barkassenanbindung auch für den Berufsverkehr nutzen zu können, komme es vor allem darauf an, ob auskömmliche Passagierzahlen erzielt werden.

7 Aktuelles:

- Mit Bezug auf einen Zeitungsartikel, in dem über mögliche Betriebsverlagerungen berichtet wurde, erklärt Frau von Kalben, dass die IBA keine aktive Verlagerung der Gewerbebetriebe an der Dratelnstraße betreibe.
- Über den Entwurf einer Stellungnahme zur Schulreform wird kontrovers diskutiert. Während die einen den engen Zusammenhang zum IBA Querschnittsprojekt Bildungsoffensive herausstellen, finden die anderen, dass das Gremium gar keine Stellungnahme zum Thema abgeben sollten, weil es kein Thema von IBA und igs sei. Ein Antrag auf Nichtbefassung mit dem Thema wird abgelehnt:
Ja-Stimmen: 4, Nein-Stimmen: 9, Enthaltungen: 0

Der Vorschlag, in der Stellungnahme das Bedauern darüber auszusprechen, dass alle Nicht-Deutschen in Hamburg von der Teilnahme am Volksentscheid ausgeschlossen sind, wird angenommen. Ein weiterer Vorschlag besteht darin, zu der

Teilnahme am Volksentscheid aufzufordern aber keine Abstimmungsempfehlung abzugeben.

Über den Entwurf der Stellungnahme in seiner ursprünglichen Form - also mit Abstimmungsempfehlung - ergänzt um den Zusatz mit den Nicht-Deutschen wird abgestimmt:

Ja-Stimmen: 6, Nein-Stimmen: 3, Enthaltungen: 4

Anwesenheit

Als stimmberechtigte Mitglieder:

Kazim Abaci, Liesel Amelingmeyer, Katharina Fuhrmann, Michael Grau, Bettina Kiehn, Dittmar Loose, Hans-Jürgen Maass, Karin Meise, Dr. Norbert Neuburger, Angela Schapals, Volker Schenk, Corinna Peters-Leimbach, Gabriele Langeloh, Norbert Steinkemper, Jens Hardel, Anne Schulz, Wolfgang Schwarz

Als Vertreter der Fraktionen:

Rainer Roszak, Klaus Lübke, Heinrich-Otto Patzer, Patrick Paul, Jutta Kodrzenski

Als Vortragende bzw. als Vertreter der Gesellschaften

Frau Fromm (LSBG), Herr Schmille (GÖP e.V.), Herr Giesenberg (BSU, Naturschutzamt), Herr Lakenbrink (IBA), Claus Kriegs (igs), Theda von Kalben (IBA)

Als Gäste:

Egon Martens, Werner Georgi, Hermann Kahle, Karin Sauer